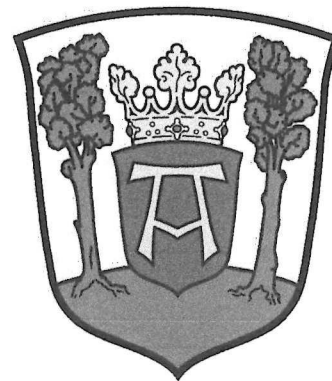


Die Ratsgruppen und Fraktionen im Auricher Stadtrat



An die Stadt Aurich
z. Hd. Herrn Bürgermeister
Horst Feddermann
per Mail

Stadt Aurich
Vorz. Bgm.

Eing.: 15. Feb. 2024

Abt.: III/-24-

26607 Aurich, den 14. Februar 2024

Gemeinsamer Antrag aller im Stadtrat vertretenen Ratsgruppen und Fraktionen zur Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren der Stadtverwaltung.

In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Haushalt und Beteiligungen am 13. Februar 2024 wurde von den anwesenden Ratsmitgliedern die Informationsveranstaltung über die Straßenausbaubeitragssatzung vom 12. Februar 2024 thematisiert.

Bei der Informationsveranstaltung wurde mitgeteilt, dass die Kosten für Straßensanierungen in den vergangenen Jahren außerordentlich hoch gestiegen sind und viele Anlieger sich nicht mehr im Stande sehen diese anteilig zu übernehmen. Durchschnittlich ist das Einkommen der Bürger/innen seit 2015 um ca. 20% gestiegen. Die Kosten für Straßensanierungen sind dagegen um ca. 71% gestiegen.

In der Präsentation wurde dargestellt, dass mittlerweile viele Gemeinden, in Niedersachsen ca. 54% der Gemeinden und Städte, die Straßenausbaubeitragssatzung abgeschafft haben und umgestiegen sind auf eine Gegenfinanzierung durch Anpassung des Grundsteuerhebesatzes. Diese Art der Finanzierung ist gerechter und belastet die Grundeigentümer auch über Jahrzehnte geringer als einmalige hohe Anliegerbeiträge.

Der Stadtrat verpflichtet sich, die Einnahmen aus dieser Grundsteuererhöhung ausschließlich für Straßensanierungen zu verwenden. Dazu erstellt die Verwaltung nach rein fachlichen Kriterien eine Prioritätenliste der zu sanierenden Straßen.

Die im Stadtrat vertretenen Ratsgruppen und Fraktionen

- beauftragen die Verwaltung so schnell wie möglich eine Vorlage zu erstellen, aus der hervorgeht, wie hoch der jährliche finanzielle Bedarf für Straßensanierungen ist und um wie viele Hebesatzpunkte die Grundsteuern erhöht werden müssten.
- beantragen, dass die Straßenausbaubeitragssatzung rückwirkend zum 1. Januar **2024** abgeschafft wird damit wir bezüglich der dringenden Straßensanierung keine Verzögerungen hinnehmen müssen. Nach unseren Informationen ist deshalb eine Beschlussfassung noch im ersten Halbjahr 2024 erforderlich.

Eine große Akzeptanz für eine Anhebung der Grundsteuern ist uns sehr wichtig, deshalb möchten wir darlegen können, woran sich diese bemisst und was dazu beigetragen hat. Wir möchten, dass die Anhebung so gering wie möglich ist und dass die Öffentlichkeit frühzeitig eingebunden und möglichst große Transparenz geschaffen wird.

Im Auftrag für die im Stadtrat vertretenden Ratsgruppen und Fraktionen:

SPD/GAP

Ingeborg Hartmann-Seibt
Harald Barthmann
Volker Rudolph

CDU/FDP

Arnold Gossel
Sarah Buss

B90/Grüne

Gila Altmann

AWG

Richard Rokicki

Die Linke

Hendrik Siebolds

GFA

Heidrun Weber